

Leitsätze
zur Europawahl 1999
der Freien Demokratischen Partei

„Leitsätze der F.D.P. zur Europawahl 1999“

(Beschlossen vom Europatag in Frankfurt a. M.
am 23. Januar 1999)

**Leitsätze
der F.D.P.
zur Europawahl 1999**

Beschluß
des Europatags
am 23. Januar 1999

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	2
Mehr Arbeitsplätze durch eine wettbewerbsfähige Europäische Union	5
Für einen stabilen Euro	6
Für eine zügige Erweiterung der Union	6
Faires Finanzsystem und spürbare Nettoentlastung für Deutschland	7
Reform der Strukturpolitik	8
Wettbewerbsfähige Landwirtschaft in einer erweiterten EU	8
Demokratie, Handlungsfähigkeit und Bürgernähe stärken	9
Innere Sicherheit und Bürgerrechte gewährleisten	10
Globalisierung als Chance	11
Verantwortung für globalen Umweltschutz	12
Gemeinsame Verantwortung für Frieden und Freiheit	12

Einleitung

Die Europäische Einigung ist das Erfolgsmodell für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa. Sie war die Antwort auf die Katastrophe des 2. Weltkriegs und die Ost-West-Konfrontation. 50 Jahre Frieden in Europa sind ein historischer Erfolg des europäischen Einigungsprozesses. Ohne die Europäische Union wäre die deutsche Wiedervereinigung undenkbar gewesen. Daran hatte die deutsche Außenpolitik unter Führung der F.D.P. maßgeblichen Anteil. Heute steht Europa vor seiner zweiten historischen Herausforderung, der endgültigen Überwindung der Teilung Europas und der Schaffung eines neuen, freien und vereinten Europas.

Die Europäische Union muß ihre Chancen und Stärken für mehr Wachstum und den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit nutzen. Gerade Deutschland muß seine Wettbewerbsfähigkeit in der EU stärken und die Herausforderungen des Informationszeitalters und der dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft bewältigen.

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Vollendung des Binnenmarktes hat die EU beste Voraussetzungen, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Nur ein stabiler Euro und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sind Garant für eine solide Wirtschaft, für soziale Sicherheit und mehr Beschäftigung in Deutschland und in Europa. Die F.D.P. wird gegen jeden Versuch von SPD und Grünen, die Stabilität des Euro zu untergraben, entschieden Widerstand leisten. Deutschland trägt für die Stabilität des Euro eine besondere Verantwortung. Alle Euro-Länder müssen die Voraussetzungen schaffen: eine gesunde Wirtschaft, solide Finanzen und flexible Märkte. Nur so gewinnen wir Vertrauen für den Euro bei Bürgern, Unternehmen und auf den internationalen Märkten. Die politische Union ist für die liberale europäische Vision ebenso fundamental wie die wirtschaftliche Union. Denn Liberale wollen bei den Bürgern das Bewußtsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl einer wirklichen europäischen Gemeinschaft schaffen. Wir Liberale bekennen uns zu einem europäischen Bundesstaat, dessen Strukturprinzipien der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip sind. Einheit in Vielfalt ist die liberale europäische Vision. Das liberale Europa steht für kulturelle Vielfalt in einer starken gemeinsamen Werte-, Kultur- und Zivilisationsgemeinschaft. Demokratie und Liberalismus bilden dabei die Basis einer europäischen Gemeinschaft. Unser Ziel ist die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Europa bleibt die größte Herausforderung. Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen tragen zuerst die Tarifpartner und Mitgliedstaaten, erst in zweiter Linie die Europäische Union. SPD und Bündnis90/Die Grünen haben wichtige liberale Reformen für den Abbau der hohen Steuer- und Abgabenlast und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland zurückgedreht. Rot-Grün hat die sogenannte "Ökosteuer" im nationalen Alleingang eingeführt und die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, steuerlich noch mehr belastet. Damit gefährdet die Bundesregierung nicht nur Aufschwung und Arbeitsplätze in

Deutschland. Mit der Reformverweigerung von Rot-Grün laufen wir Gefahr, den Anschluß in Europa und in der Welt zu verlieren. Wir Liberale wollen ein reformfähiges starkes Deutschland als Motor für eine wettbewerbsfähige weltoffene Europäische Union.

Die Erweiterung der EU ist die beste Garantie für die dauerhafte Sicherung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa. Die F.D.P. bleibt Anwalt einer zügigen Integration der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Das politische Bekenntnis zur Erweiterung reicht aber nicht aus. Die Beitrittskandidaten müssen ihre Anstrengungen konsequent fortsetzen, um die Voraussetzungen für einen zügigen Beitritt zu erfüllen. Die EU muß die dringend notwendigen Reformen der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik vorantreiben und einen tragfähigen, zukunftsorientierten Finanzrahmen mit einer fairen Lastenverteilung vereinbaren. Sie muß weitere institutionelle Reformen angehen, um ihre Handlungsfähigkeit und Effizienz zu gewährleisten. Wir Liberale wollen eine verantwortliche Europäische Union, die eine aktive Rolle zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa leistet.

Die europäische Integration darf jetzt nicht an Schwung verlieren. Die EU darf sich nicht abschotten, weder gegen die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa noch gegenüber den Entwicklungsländern. Liberale stehen für mehr Wettbewerb und Transparenz, offene Märkte und die Stärkung des freien Austauschs von Ideen, Dienstleistungen, Waren und Kapital in der Europäischen Union. Die F.D.P. lehnt den neuen sozialdemokratischen Protektionismus in Europa unter dem Deckmantel europäischer Beschäftigungspolitik und der Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik entschieden ab. Deutschland muß weiterhin Vorreiter für Liberalisierung in Europa und der Welt sein.

Die F.D.P. will ein Europa der Bürger. Wir bekennen uns zu einer staatlich verfaßten föderalen Europäischen Union, deren Grundprinzipien Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Subsidiarität und Solidarität sind. Deshalb muß der EU-Vertrag zu einer Europäischen Verfassung weiterentwickelt werden, die diese Grundprinzipien zum Ausdruck bringt. Diese Verfassung muß von den Bürgern der Europäischen Union mit einem Referendum bestätigt werden. Eine offene Bürgergesellschaft ist die liberale Vision auch für Europa.

Die F.D.P. ist die einzige liberale Oppositionspartei in Deutschland gegen Rot-Grüne Reformverweigerung in Deutschland und Europa. SPD und Grüne vertreten nicht die neue Mitte, sondern stärken linke Mehrheiten in der EU. Die F.D.P. will ein modernes, reformfähiges und liberales Europa, kein rückwärtsgewandtes rotes Europa. Von 15 Regierungen in der EU sind 13 sozialistisch oder sozialdemokratisch geführt. Dazu muß im Europäischen Parlament ein liberales Gegengewicht geschaffen werden. Europa braucht Mut für Veränderungen. Die Europäische Union hat alle Chancen, die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Dafür brauchen wir im Interesse Deutschlands eine starke liberale Fraktion mit einer starken Delegation der F.D.P. im Europäischen Parlament.

Mehr Arbeitsplätze durch eine wettbewerbsfähige Europäische Union

Die F.D.P. hat mit ihrer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung wichtige Impulse für die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und den Aufschwung gesetzt. Die Bundesregierung von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat diese Reformen rückgängig gemacht und gefährdet damit Arbeitsplätze in Deutschland. Durch einen sogenannten europäischen Beschäftigungspakt mit staatlicher Festlegung formaler Beschäftigungsziele und pauschaler Arbeitszeitverkürzung wollen sich SPD und Grüne ihrer nationalen Verantwortung entziehen. Starre Arbeitsmärkte und vereinheitlichte Steuer- und Sozialniveaus in der EU schwächen den Wettbewerb, verteuern Produktions- und Investitionsstandorte im Binnenmarkt und vernichten Arbeitsplätze. Nationale Regierungen und Sozialpartner dürfen ihre Verantwortung für Beschäftigung nicht auf die Europäische Union abschieben. Zusätzliche europäische Beschäftigungsprogramme führen zu neuen erheblichen Ausgaben mit zweifelhaftem Nutzen und belasten die deutschen Steuerzahler noch höher. Die EU muß sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Binnenmarkt für mehr Beschäftigung konzentrieren.

Die F.D.P. fordert:

- Unsere nationale Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit darf nicht auf die EU abgeschoben werden. Deutschland muß wieder ein attraktiverer Standort in der EU werden: durch eine deutliche Senkung seiner hohen Steuer- und Abgabenlast für alle Bürger und Unternehmen, durch konsequente Fortsetzung von Deregulierung, Privatisierung und den Abbau der Verschuldung.
- Die Rücknahme der Entsenderichtlinie.
- Schulen und Hochschulen in Deutschland müssen sich dem europäischen Wettbewerb stellen. Deutschland hat im europäischen Vergleich viel zu lange Ausbildungszeiten. Die F.D.P. will eine Verkürzung der Erstausbildungszeiten und setzt sich für eine Intensivierung und Förderung der Austauschprogramme auf allen Bildungsstufen in der EU ein. Die deutschen Hochschulen müssen europatauglich gemacht werden, u. a. durch die Einführung von bachelor-Abschlüssen und ein international vergleichbares Credit-Point-System. Die internationale Mobilität von Auszubildenden und Arbeitnehmern muß durch gegenseitige Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen in der EU gefördert werden.
- Wer aus Deutschland zum Studium in Mitgliedstaaten der EU geht, darf nicht von Stipendien und BAföG ausgeschlossen werden. Die verwirrende Vielfalt bei Zuschüssen, Darlehen und Stipendien zur Förderung von Ausbildungsaufenthalten im Ausland muß verringert, die Antragsverfahren entbürokratisiert und die Informationsbeschaffung vereinfacht werden. Nur so können wir die Arbeitsmarktchancen der jungen Generation in Deutschland und in Europa verbessern.
- Verstärkung der Fremdsprachenausbildung und eine Europäisierung der Lehrinhalte in allen Bildungsstufen und -institutionen.
- Der Wettbewerb der Systeme in der EU muß gestärkt werden. Die Einhaltung von sozialen Mindeststandards darf nicht zur Vereinheitlichung von Sozialleistungen

bzw. Einschränkung der Grundfreiheiten im Binnenmarkt führen. Gleichzeitig muß die Reform unserer sozialen Sicherung konsequent vorangetrieben werden, um Verlässlichkeit der Sozialsysteme, Finanzierbarkeit, Beitragsstabilität und Generationengerechtigkeit dauerhaft zu sichern.

- Die EU muß sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb und Beschäftigung konzentrieren: Dazu gehören die Vollendung des Binnenmarktes, der weitere Abbau von Handelsbarrieren, die Förderung einer neuen Kultur der Selbständigkeit in Europa und ein verstärkter Austausch über die "besten Praktiken" zur Schaffung von Arbeitsplätzen zwischen den Mitgliedstaaten.
- Der nationale Subventionsmißbrauch muß beendet werden, die Beihilfekontrollen der EU müssen von allen Mitgliedstaaten unterstützt werden, Deutschland darf nicht länger Spitzenreiter bei Subventionszahlungen in der EU sein.

Für einen stabilen Euro

Die F.D.P. hat maßgeblich zum pünktlichen und vertragskonformen Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion beigetragen. Ein stabiler Euro ist die notwendige Bedingung für die politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung der EU im globalen Wettbewerb. Er ist die Visitenkarte Europas auf den Märkten der Welt. Die Währungsunion wird nur als Stabilitätsgemeinschaft Erfolg haben. Die F.D.P. weist den politischen Druck der SPD auf die Europäische Zentralbank entschieden zurück. Damit stellt die SPD die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in Frage und untergräbt das Vertrauen der Bürger in einen stabilen Euro. Die F.D.P. ist Garant für die Unabhängigkeit und verfassungsmäßige Verpflichtung der Europäischen Zentralbank zur strikten Einhaltung der Geldwertstabilität in den Euro-Ländern.

Die F.D.P. fordert:

- Die Wirtschafts- und Finanzpolitik aller EU-Staaten muß strikt stabilitätsorientiert bleiben.
- Es darf keine Aufweichung des Stabilitätspaktes und keine politische Einflußnahme auf die Politik der Geldwertstabilität der unabhängigen Europäischen Zentralbank geben.
- Die Verwaltung muß Vorreiter bei der Einführung des Euro sein und für Bürger und Unternehmen so früh wie möglich den Rechnungverkehr in Euro anbieten. Geldwechsel und Zahlungsverkehr im Euroland sollten möglichst kostengünstig erfolgen.
- Die schnelle Einführung des Euro als bares Zahlungsmittel für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht erst ab dem 1.1.2002.

Für eine zügige Erweiterung der Union

Die Erweiterung der EU ist die beste Garantie für die dauerhafte Sicherung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa. Deutschland hat aus politischen, wirtschaftlichen und historischen Gründen ein besonderes Interesse an einem

zügigen Erweiterungsprozess. Der Erfolg der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa ist mit der Beitrittsperspektive unserer östlichen Nachbarstaaten zur EU direkt verknüpft. Neue Instabilität in Mittel- und Osteuropa würde zudem die Stabilität der EU gefährden. Die Erweiterung liegt damit auch im ureigensten Interesse der EU. Eine zügige Erweiterung erzeugt gleichzeitig Druck für die dringend notwendigen internen Reformen der EU, insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Finanz-, Struktur- und Agrarpolitik. Die Erweiterung eröffnet Deutschland zusätzlich enorme wirtschaftliche Chancen durch die Erschließung neuer Wachstumsmärkte. Die F.D.P. wird auch in Zukunft Anwalt der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten sein.

Die F.D.P. fordert:

- Die EU muß an ihrem Grundsatz gleicher Beitrittchancen zu einem frühen Zeitpunkt für alle beitriftswilligen und beitriftsfähigen Kandidaten festhalten. Für alle Beitrittskandidaten gilt der Leitsatz: Differenzierung ohne Diskriminierung. Bei guter Vorbereitung können erste Beitritte zur EU für die besonders fortgeschrittenen Reformländer bereits ab 2003 erfolgen.
- Für eine erfolgreiche Integration müssen im Interesse der EU und der Beitrittsländer berechenbare Übergangsfristen und klare inhaltliche Vorgaben in unterschiedlichen Bereichen (z. B. Freizügigkeit von Personen, Landwirtschaft, Verkehr) vereinbart werden.
- Die EU muß gleichzeitig ihre individuellen Heranführungsstrategien für alle EU-Kandidaten ausbauen, die derzeit noch nicht an den Beitrittsverhandlungen teilnehmen. Parallel müssen die gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Rußland und der Ukraine ausgebaut und mit Weißrußland begründet werden.
- Der liberale Grundsatz der "verstärkten Zusammenarbeit" (Flexibilität) einzelner Mitgliedstaaten ist unter Beachtung der Grundsätze im Amsterdamer Vertrag konsequent anzuwenden. Eine Europäische Union mit 20 und mehr Mitgliedstaaten erfordert mehr Flexibilität bei künftigen Integrationsschritten.

Faires Finanzsystem und spürbare Nettoentlastung für Deutschland

Die Reform des Finanzsystems der Europäischen Union ist ein zentraler Bestandteil zur Vorbereitung der Erweiterung der EU. Mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer nimmt die Zahl der Netto-Empfänger in der EU deutlich zu. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land erkennt Deutschland das Solidaritätsprinzip innerhalb der EU ausdrücklich an. Wir brauchen allerdings eine ausgewogenere Lastenverteilung in der EU mit dem Ziel einer spürbaren Nettoentlastung für Deutschland.

Die F.D.P. fordert:

- Eine fairere Lastenteilung setzt eine grundlegende Reform der Ausgabenstruktur voraus.

- Der Anteil für Bildung, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien von derzeit 3,8 % sollte unter Wahrung der Subsidiarität auf 10 % gesteigert werden.
- Entlastung der Nettozahler durch Einführung einer nationalen Kofinanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik aus den Haushalten der Mitgliedstaaten.
- Strenge Haushaltsdisziplin, Beibehaltung des EU-Finanzrahmens von 1,27 % des Gemeinschaftsbruttosozialprodukts mit Blick auf die Erweiterung und Abschaffung aller Ausnahmeregelungen.
- Wirksame Korruptionskontrolle und Betrugsbekämpfung. Dazu müssen u. a. die Rechte des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofes umfassend gestärkt werden.
- Die stärkere Berücksichtigung der Folgen europäischer Politik auf kommende Generationen durch Einführung einer Generationenbilanz auf europäischer Ebene, die Lasten und Leistungen zwischen Generationen deutlich macht.

Reform der Strukturpolitik

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der EU, der Globalisierung der Wirtschaft und der demographischen Entwicklung steht die Sozialpolitik in allen Mitgliedstaaten vor neuen Herausforderungen. Die EU sollte sich wie in der Beschäftigungspolitik vor allem für die Förderung des grenzüberschreitenden Erfahrungsaustauschs der besten Praktiken für Reformen der sozialen Sicherung in den Mitgliedstaaten einsetzen. Die Erweiterung der EU macht außerdem eine Reform der europäischen Strukturpolitik unausweichlich, um sowohl einen rapiden Anstieg der Kosten der Strukturhilfen als auch starke wirtschaftliche Verzerrungen in den Beitrittsländern zu verhindern.

Die F.D.P. fordert:

- Alle Strukturhilfen müssen überprüft, vereinfacht und auf die Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand konzentriert werden.
- Die Strukturförderung für den Aufbau in den neuen Bundesländern muß erhalten bleiben. Insbesondere ist die EU-Erweiterung an der östlichen Außengrenze gezielt zu organisieren und zu unterstützen.
- Strukturförderung muß sich auf die Verbesserung von Infrastruktur und Bildung sowie die Förderung von unternehmerischer Eigeninitiative und die Entwicklung von wettbewerbsfähigen Klein- und Mittelbetrieben konzentrieren.
- Strukturhilfen sollten grundsätzlich zeitlich befristet, degressiv und wo immer möglich auf Darlehensbasis gewährt werden.

Wettbewerbsfähige Landwirtschaft in einer erweiterten EU

Ziel liberaler Agrarpolitik muß sein, daß Landwirte den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erzielen, international wettbewerbsfähig sind und die vielfältigen Anforderungen der Gesellschaft erfüllen. Dazu gehört die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Landschaftspflege, der Natur-, Tier- und Umweltschutz.

Die Erweiterung der EU, die über einen angemessenen Anpassungsprozeß erfolgen muß, und die anstehende Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) stellen die deutsche Agrarwirtschaft vor neue Herausforderungen. Diese müssen mit marktwirtschaftlichen Reformen der nationalen und europäischen Agrarpolitik bewältigt werden.

Die F.D.P. fordert:

- Die EU braucht eine marktorientierte, wettbewerbsfähige, umweltverträgliche landwirtschaftliche Produktion. Dazu müssen die Agrarausgaben in der EU gesenkt und die überbordende Bürokratie drastisch zurückgeschnitten werden.
- Liberale Agrarpolitik will die Verringerung der Eingriffe in den Markt. Die Subventionierung von Agrarexporten muß im Rahmen internationaler Verhandlungen weltweit schrittweise abgebaut werden.
- Durch die Einführung einer Kofinanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU durch die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten soll eine deutliche Nettoentlastung für Deutschland erreicht werden, ohne daß die gemeinsame Agrarpolitik renationalisiert, der Wettbewerb verzerrt oder der Ausgabenabbau verhindert wird.
- Landwirtschaftliche Unternehmen müssen durch Schaffung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsalternativen (Tourismus, Handwerk, Dienstleistungen) und die Ansiedlung gewerblicher Arbeitsplätze gefördert werden.
- Im Interesse des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft brauchen wir europaweite Regelungen für diese Bereiche. Die Arbeit für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz, die die Landwirte im Interesse von uns allen leisten, muß den Landwirten angemessen vergütet werden.

Demokratie, Handlungsfähigkeit und Bürgernähe stärken

Die F.D.P. will ein Europa der Bürger. Dazu brauchen wir mehr Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Die Europäischen Verträge müssen zu einer Europäischen Verfassung mit einem Grundrechtekatalog weiterentwickelt werden. Das Europäische Parlament muß mit vollen Rechten und Pflichten ausgestattet, nach einem einheitlichen EU-Verhältniswahlrecht gewählt werden, über den gesamten EU-Haushalt entscheiden können und im Rahmen einer Europäischen Verfassung auch das Gesetzesinitiativrecht erhalten.

Das Europa der Bürger braucht effiziente, demokratisch kontrollierte und bürgernahe Institutionen. EU-Beamte, die über Mißstände in EU-Institutionen berichten wollen, brauchen ausreichende Garantien für ihren persönlichen und beruflichen Schutz. Die EU-Kommission muß künftig bei der Aufklärung von Mißbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft voll mit dem Europäischen Parlament und unabhängigen Instanzen zur Korruptionsbekämpfung kooperieren. Der EU-Beamte, der maßgeblich zur Aufdeckung der jüngsten Fälle von Mißwirtschaft in der Kommission beigetragen hat, verdient besondere Anerkennung für seine Zivilcourage und sollte voll rehabilitiert werden.

Liberaler wollen eine bürgernahe politische Union. Subsidiarität heißt für Liberale: Was die Bürger in eigener Verantwortung entscheiden können, müssen sie auch selbst entscheiden dürfen. Subsidiarität heißt klare Aufgabenteilung zwischen Europa, Bund, Regionen und Gemeinden, deren kommunale Selbstverwaltung im Interesse bürgernahe Politik gestärkt werden muß. In einem Europa der Bürger ist kein Platz für einen europäischen Zentralstaat. Bei der Gestaltung einer bürgernahe, stabilen Europäischen Union spielen die Regionen eine zentrale Rolle. Eine Gemeinschaft mit künftig 20 und mehr Mitgliedern muß sich auf den Kern ihrer Aufgaben konzentrieren, damit sie handlungsfähig bleibt:

Die F.D.P. fordert:

- Entscheidungen im Rat der EU müssen in Zukunft grundsätzlich mit Mehrheit gefällt werden und die Mehrheit der Bevölkerung der EU repräsentieren.
- Für schlanke Brüsseler Institutionen muß die Zahl der EU-Kommissare auf 15 und die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments auf 700 begrenzt bleiben.
- Mit Blick auf die Erweiterung muß die Europäische Kommission zu einer effektiven Europäischen Exekutive weiterentwickelt werden, die nach dem Ressortprinzip strukturiert ist und vom Europäischen Parlament gewählt und kontrolliert wird. Dabei muß die Möglichkeit zu einem Mißtrauensvotum gegen einzelne EU-Kommissare geschaffen werden.
- Die Reduzierung der Standorte des Europäischen Parlaments von drei auf einen.
- Die Abschaffung von Sonderprivilegien für europäische Beamte wie z. B. Immunität.
- Die Abhaltung einer neuen Regierungskonferenz im Jahr 2001 zur Durchführung der dringend notwendigen weiteren institutionellen Reformen der EU.
- Die Kommission, das Europäische Parlament und die nationalen Regierungen und Parlamente müssen die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips aktiv wahrnehmen nach dem Prinzip: weniger Gesetze und Regulierungen, bessere Aufgabenteilung und effizientes Handeln, z. B.: Das EU-Tabakwerbeverbot und die Aufhebung der Buchpreisbindung stellen eine klare Verletzung des Subsidiaritätsprinzips und der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten dar. Das Tabakwerbeverbot muß aufgehoben werden und die Buchpreisbindung nationaler Entscheidung überlassen bleiben.
- Im vereinten Europa muß die Abschaffung der Binnengrenzen auch dem grenzüberschreitenden Verkehr von Kulturgütern voll zugute kommen.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte gewährleisten

Die F.D.P. will nicht nur ein Europa der Rechtsstaaten, sondern auch ein rechtsstaatliches Europa. Dies ist für die Innen- und Rechtspolitik in einer modernen politischen Union eine zentrale Herausforderung. Die EU muß die Sicherheit ihrer Bürger und den Schutz ihrer Rechte besser gewährleisten. Innere Freizügigkeit und bessere Sicherung der Außengrenzen der EU erfordern eine verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik.

Die F.D.P. fordert:

- Die Europäische Union sollte zügigst der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.
- Die Vergemeinschaftung der Visa-Politik und des Asylrechts sowie eine vertiefte Zusammenarbeit bei Zollwesen, Zuwanderung, Kontrollen der EU-Außengrenzen und Kooperation in Zivil- und Strafsachen muß konsequent umgesetzt werden unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments. Jeder Unionsbürger muß gegen Maßnahmen der EU Rechtsschutz auch vor den Europäischen Gerichten erhalten.
- Die EU braucht eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, eine gemeinsame Einwanderungspolitik und gemeinsame Einbürgerungsstandards sowie eine gemeinsame Minderheitenpolitik.
- Europol muß zur Bekämpfung der international organisierten Kriminalität und der Bekämpfung von Drogenkriminalität und Terrorismus möglichst schnell zu einer effektiven, dabei streng an die geltenden Gesetze gebundenen europäischen Polizeibehörde mit operativen Befugnissen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ausgebaut werden. Für den Rechtsschutz der Bürger muß die Immunität der Europol-Bediensteten aufgehoben werden.
- Der Rechtsschutz der Bürger muß auf europäischer Ebene vereinheitlicht und ausgebaut werden.

Globalisierung als Chance

Die Globalisierung ist eine Chance für mehr Wettbewerb, offene Märkte und für die Stärkung von Frieden und Wohlstand durch internationale Arbeitsteilung und freien Welthandel. Globalisierung bedeutet für Liberale nicht Weltwirtschaft im rechtsfreien Raum. Sie erfordert mehr internationale Zusammenarbeit. Die EU kann ihren internationalen Einfluß nur dann wirksam geltend machen, wenn sie mit einer Stimme spricht. Das gilt auch im internationalen Handel, bei Dienstleistungen, Investitionen, geistigem Eigentum, aber auch für die Währungsordnung und den Umweltschutz.

Die F.D.P. fordert:

- Wir brauchen eine durchsetzungsfähige Welthandelsorganisation. Ziele der nächsten weltweiten Verhandlungen in der WTO im Jahr 2000 müssen ein weiterer deutlicher Abbau der Handelsbarrieren, eine stärkere Einbeziehung von Entwicklungsländern und die Vereinbarung von internationalen Investitionsschutz- und Wettbewerbsregeln sein. Beispielhaft dafür ist die Bananenmarktverordnung zurückzunehmen.
- Die Schaffung eines europäischen Kartellamtes.
- Mit dem Euro muß die EU in den internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen einen der USA (Dollar) vergleichbaren Einfluß ausüben.
- Abbau staatlicher Subventionen in der EU, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Verantwortung für globalen Umweltschutz

Die EU muß ihrer Verantwortung für den Erhalt einer bewohnbaren und lebenswerten Welt für künftige Generationen gerecht werden. Der dramatische Verlust an fruchtbarem Boden und Wasser und die Bevölkerungsexplosion führen in vielen Regionen in der Welt zu einem Mangel an Nahrung und oft zu Krieg und Flüchtlingsströmen. Die übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen kann durch internationales Recht und Entwicklungszusammenarbeit verhindert werden und so zur Konfliktverhinderung beitragen.

Die F.D.P. fordert:

- Alle Mitgliedstaaten der EU müssen beim Schutz unserer Erdatmosphäre Vorreiter sein und ihre Treibhausgase gemäß ihrer Verpflichtung auf der Klimakonferenz in Kyoto bis spätestens zum Jahr 2012 reduzieren. Die EU muß Vorreiter bei der Forschung, Entwicklung und Einführung von Umweltschutztechnologie sowie verbesserter Produktionsintegration sein. Sie muß gleichzeitig Anwalt für eine internationale Umweltrechtsordnung werden.
- Der Internationale Gerichtshof in Den Haag muß grundsätzlich für die gerichtliche Klärung von internationalen Streitfällen über Umweltprobleme zuständig sein.
- Ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Partner beim Erreichen des Klimaschutzzieles. Dazu gehört z. B. die europaweite Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes auf Energie. Diese Steuer auf den Energieverbrauch muß in Deutschland ausschließlich zur Senkung der Lohn- und Einkommensteuer genutzt werden.

Gemeinsame Verantwortung für Frieden und Freiheit

Seit dem historischen Umbruch in Europa besteht zum ersten Mal die Chance, in ganz Europa eine dauerhafte Friedensgemeinschaft zu schaffen. Dennoch ist die Gefahr des Ausbruchs regionaler Konflikte nicht gebannt. Sie können unsere Sicherheit mittelbar und unmittelbar berühren. Die F.D.P. setzt sich deshalb für den Ausbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung ein. Die EU braucht eine werteorientierte Entwicklungspolitik. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftliche Prinzipien sind die besten Grundlagen einer menschenwürdigen und nachhaltigen Entwicklung. Unser Ziel ist ein vereintes Europa, das gemeinsam Verantwortung für Frieden und Freiheit trägt und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit stärkt.

Die F.D.P. fordert:

- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) muß zu einem schlagkräftigen Instrument der Verantwortung der EU für Frieden und Sicherheit ausgebaut werden. Wir brauchen den entschlossenen politischen Willen aller Mitgliedstaaten, mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsam zu handeln, wenn Frieden und Stabilität in Europa bedroht sind. Die EU muß insbesondere im

- Bereich der Konfliktvorbeugung mehr Verantwortung übernehmen. Nur so ist eine glaubwürdige gemeinsame Außenpolitik möglich.
- Die Westeuropäische Union (WEU) muß integraler Bestandteil der EU werden und im Auftrag der EU in Abstimmung mit der NATO friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen durchführen können. Sie muß in Situationen handlungsfähig und einsatzbereit sein, in denen unsere transatlantischen Partner nicht handeln können. Bei Friedensmissionen im Auftrag der EU muß die Bindung an das Völkerrecht gewährleistet sein.
 - Die Fähigkeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) zur Konfliktverhütung und Nachsorge von Konflikten durch Demokratie- und Wiederaufbauhilfe muß nachhaltig gestärkt werden. Gleichzeitig muß ihre Handlungsfähigkeit durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen und die Schaffung eines Sicherheitsrates verbessert werden.
 - Die NATO wird auch künftig Motor und Garant für eine breit angelegte europäische Sicherheitsarchitektur sein. Die NATO-Mitgliedschaft muß für weitere mittel- und osteuropäische Staaten offenbleiben. Gleichzeitig muß die NATO eine dauerhafte strategische Partnerschaft mit Rußland und der Ukraine aufbauen.
 - EU, NATO und OSZE tragen für die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung in Europa und die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen besondere Verantwortung. Europa braucht ein effektives, stabilitätsorientiertes Rüstungskontrollregime.
 - Alle europäischen Staaten müssen dem Verbotsabkommen für Anti-Personen-Minen beitreten.
 - Die EU muß eine aktive Rolle bei der Reform und Stärkung der Vereinten Nationen übernehmen. Deutschland ist bereit, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzunehmen, um damit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung besser gerecht zu werden. Ein gemeinsamer Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bleibt erstrebenswert.
 - Die EU-Entwicklungszusammenarbeit und die Vergabe von Entwicklungsgeldern müssen sich künftig stärker auf die Beachtung der Menschenrechte, Stärkung von Eigeninitiative, Gewährung von Rechtssicherheit und Schaffung marktwirtschaftlicher und umweltfreundlicher Wirtschaftsordnungen konzentrieren. Entwicklungsländer sind im Kampf gegen Armut, gewaltsame Konflikte und Umweltzerstörung in ihren eigenverantwortlichen Anstrengungen zu unterstützen.